

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Redaktion: Arbeiterstimme, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Nr. 17250 // Postfach: Amt Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel // Schließung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17250 / Druckerei: Arbeiterstimme, Dresden / Expeditions- und Geschäftsstelle: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabends) / Postabgabe für den Monat bei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) // In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises // Erscheinung täglich außer an Sonn- und Feiertagen // Anzeigenpreis: Die neuroman getragene Zeilenzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Postanschlüsse einschließlich an den bezugsfreien Tarifstellen 1,25 RM. // Druck- und Zinnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2

2. Jahrgang Dresden, Montag den 1. Februar 1926 Nummer 26

## Der Massenaufmarsch zum Volksentscheid

Die Massen, die dem Ruf der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Aufmarsch gegen die Fürstenabfindung gelaufen waren, zeigten, daß die breitesten Schichten der Bevölkerung sich gegen den Raubzug erheben. Zum ersten Male in längerer Zeit wieder konnte die KPD eine Kundgebung veranstalten, die weit über den Rahmen der Partei hinaus in breiten Massen erfolgte. Das Verjammerungslokal war bald überfüllt, und zu Tausenden sammelten sich die Demonstranten auf dem Schützenplatz.

Seit hier aus besagte sich der Demonstrationstag durch die Stadt, die Konzentration der Demonstranten betrug 8000 Demonstranten, während sich im Zuge, während weitere 1000 an den Seiten entlang den Zug begleiteten. Der erste Teil der KPD, brach in Dresden 10 000 Arbeiter

### Der Verlauf der Kundgebung

Die Kundgebung sprach Genosse E. Herlein, Berlin, die Forderung des Volkes und die Innerenstreitigkeit der Parteien, von diesem Volk 3 1/2 Milliarden Mark für sich, die Arbeit und die Arbeiter zu fordern. In Frankreich, in der Schweiz, in Belgien, haben die Arbeiter sich mit dem Kampf gegen den Raubzug abgefunden. In Russland haben die Arbeiter und Bauern den Raubzug abgelehnt, daß die Arbeiter, wo er geblieben ist. Die deutsche Arbeiterbewegung hat sich nicht abgefunden. Da müssen sie jetzt die Arbeiter bei ihren Geldtaschen hinrichten. Es gilt, die Arbeiter gegen den Raubzug aufzurufen und im Kampf gegen den Fürstenraub eine Einheitsfront zu bilden, die auch weiter mit dem Kapitalistengefüßel abgefunden hat.

### Die Klassenjustiz fordert den Kopf von Margis

Die Arbeiter wissen, findet in Breslau jetzt ein Kampf gegen den aus dem Reichstag der Arbeiter Genossen Margis hat im Kampf gegen die Separatisten der Arbeiter über den Raubzug geäußert. Der Staatsanwalt beantragte, trotzdem nachgewiesen, daß Margis gegen die Arbeiter gekämpft, die Todesstrafe gegen Margis.

### Gememordprozess-Romäne

In Berlin finden jetzt ein paar Gememordprozesse statt. Das ist die dritte Morde hat die Behörden aufgeschoben, um ein paar Beispiele zur Abschreckung zu inszenieren oder — um durch Freisprüche die Moral zu stärken. Da die Führung der Prozesse aber immerhin den Kampf der Arbeiterbewegung aufrecht, in dem das Vergeltung wozu, verlangen die großkapitalistischen Kreise den Ausschluß der Öffentlichkeit. Gegen diese Bestrebungen, die von der Reichsregierung unterstützt werden, haben sich die demokratischen Zeitungen neben den Kommunisten erhoben.

den Gassen. Auf einem Kund wurde die Inschrift „Die Fürstenabfindung“ und darunter Wilhelm mit Krone und dicker Schnur, einer Taube mit 3 Milliarden, daneben um einen Tisch mit königlichen Mahl die Kleinrentner, und zum Schluss die Kriegsbekämpften mit künstlichen Beinen und Harmonika. Von hinten waren zwei Autos Roter Frontkämpfer erschienen und an den Schluss des Zuges zogen sich die Frontkämpfer von Freiheit ein.

Der Aufmarsch geführte war der erste Versuch im Kampf um den Volksentscheid. Weitere Aufmärsche werden die Massen mobilisieren, die notwendig sind, um die Fürsten zu schlagen.

### Einheitsfrontaufmarsch in Fürstentum

Breslau, 1. Februar (Eigener Drahtbericht.) Bei einer vom Einheitsfrontkomitee Fürstentum, bestehend aus SPD, KPD, USDP, KKK und Reichsbanner einberufenen Demonstration marchierten 1000 Personen gegen die Fürstenabfindung auf.

### Aufmarsch in Bremen

Bremen, 1. Februar (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand unter lebhafter Anteilnahme der Arbeiterbewegung eine Demonstration gegen die Fürstenabfindung statt, an der 3000 Personen teilnahmen. Die Straßen der Arbeiterviertel waren reich mit roten Fahnen geschmückt.

### Die Reichsregierung sabotiert

Breslau, 1. Februar (Eigener Drahtbericht.) Die der „Montag Morgen“ mitteilte, ist die Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung bereits mehrmals Gegenstand von Beratungen der Reichsregierung gewesen. Die Reichsregierung sei sich darüber klar, daß die Bewegung die meisten Kreise ergreifen habe. Reichsminister Kautzner habe einen geradezu tollkühnen, politischen Bericht über die Stimmung im Lande erstatten müssen. Eine Fühlungsnahme mit den Führern der Reichsparteien habe ergeben, daß es äußerst schwer fallen werde, eine geeignete Gegenpropaganda zu entfalten. Es solle daher versucht werden, Volksbewegung und Volksentscheid so lange wie nur möglich hinauszuziehen, damit die gegenwärtige Bewegung sich wieder lege. Im Verhältnis zu den Arbeiterbewegungen, die die Fürstenabfindung nicht ablehnen, wird die Reichsregierung nachlässig, die für die Fürstenabfindung mitarbeitenden heuchlerisch sein und der Volksbewegung schaden zu tun. In der Richtung der vom „Montag Morgen“ wiedergegebenen Tendenz liegt es durchaus, daß nach Mitteilung der Reichsregierung der deutschen Presse das Volk hochgen ist in der Zeit von 3. bis 17. März durchzuführen werden soll, wobei schon jetzt angekündigt wird, daß man mit Anfang April mit der Forderung der Räte nicht fertig werden wird.

erklärt, daß eine Besetzung dieser Angelegenheit unter der beteiligten Reichs- und Staatsratsrats stattgefunden habe, daß aber ein Eingriff in die Freiheit der Reichsregierung nicht in Frage kommt. Demgegenüber stellt das Montagsblatt der „Kommunistischen Zeitung“ fest, daß der Staatssekretär in der Reichsregierung, Kautzner, bei den nachstehenden Stellen geäußerte Behauptungen für den Fall der Ausschließung der Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht habe. Kurz vorher sei der deutschnationalen Führer Weisner bei Kautzner gewesen und es sei ihm gelungen, den Staatssekretär von der Abschaffung der „Kommunistischen Zeitung“ bei Zulassung der Öffentlichkeit zu überzeugen.



### Ein SPD-Kompromiß für Sachsen

Die starken Differenzen und großen Schwierigkeiten, die in der SPD in Sachsen zu überwinden sind, zeigten sich wieder in der jüngeren Gestaltung und Durchführung des Landesparteitages. In Heidelberg, auf dem letzten Reichsparteitag der SPD, wurde nach einer Kommissionsberatung der Kampf mit den 23 Rechten, der Kampf um Koalitionssturz und Landtagsauflösung vor aller Öffentlichkeit ausgetragen. Jetzt in Dresden, wo doch die linken Führer die Mehrheit für sich hatten, magten sie eine öffentliche Auseinandersetzung nicht! Sie versuchten damit auf die Ausnutzung des Massenwunsches, der gegen Geld und Renten und für die sofortige Landtagsauflösung drängen erregt worden war. Sie ließen den politischen Streit, der schon eine Sache der Massenbewegung geworden war, zu einer Angelegenheit interner Schacherei zwischen den Instanzen und Gruppen herabstufen.

Die gesamten Verhandlungen des Landesparteitages fanden unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Tagung im Landtag wurde ängstlich gegen jeden Einblick abgeperrt.

Über auch die Delegierten der Organisationen des Landes wurden nicht zu den eigentlichen entscheidenden Verhandlungen zugelassen. Für sie fanden ganz kurze Informations- und Parabelstunden statt. Eine Mitwirkung aber auch nur eine Anhörung der Delegierten gab es auf dieser Landesversammlung nicht. Die Arbeiterdelegierten haben sich nachher draußen darüber bitter beklagt und sehr erregt geäußert. Für die SPD ist eben die Demokratie nicht nur ein Instrument zugunsten der Bourgeoisie.

Jetzt geht es zur Schöpfung der durch die Krise bewußten Bourgeoisie unter den Instanzen auszuführen, wie weit man etwa doch der radikalsten Massenbewegung entgegenkommen zeigen kann oder nachgeben muß. Zunächst verhandelte am Sonntagabend der linke Landesausschuß mit dem Parteivorstand und den Ministern. Dann folgten interne Besprechungen der Stelling und Pipinski, also der allererstgen Leitung. Deren Kompromißlösungen wurden dann der Landtagsfraktion unterbreitet, die nach einer heftigen hundertstündigen Verhandlung die eigentlichen entscheidenden Bestimmungen vorschlug. Dabei soll schließlich das Kompromiß, die Auflösung des Landtages unter gewissen konkreten Bedingungen in den nächsten Wochen herbeizuführen, eine Mehrheit gefunden haben, was immertin von gewisser Bedeutung wäre. Ein solches Vorgehen würde nämlich bedeuten, daß der Parteivorstand ein Loch zurückgelassen und der bisherige Block der 23 Rechten sich gelöst hätte. Da die Minister und ihre engsten Freunde gegen jeden Schritt sind, der zur Auflösung führen könnte, haben sich also einige der bisherigen 23 Rechten abgeplittert und jetzt mit den 17 Linken eine Mehrheit für eine baldige Auflösung unter konkreten Bedingungen gebildet. Von einem Sieg in der bisherigen rechten Fraktionsmehrheit zeugt auch die Tatsache, daß ihr Bericht der Landtagsfraktion auf dem Landesparteitag erstatten wollte, sein Referat nicht gehalten hat. Der Tagesordnungspunkt fiel aus, monach die meisten rechten Fraktionsmitglieder überhaupt an den weiteren Beratungen des Landesparteitages nicht mehr teilnahmen.

Dieser Sabotagebeginn läßt die ganze Auflösungslosigkeit aber schon als höchst zweifelhaft erscheinen. Denn ein solcher Beschluß könnte von den verbliebenen Rechten, da es auf jede Stimme ankommt, einfach durch Nichtanwesenheit glatt verhindert werden. Diese Gefahr soll der Grund zu einem ziemlich scharfen Hauptentscheidungsbeschluss des Landesparteitages gewesen sein.

Der Parteitag nahm nach einem Organisationsbericht von Ebel und einem politischen Bericht von Krzi die Kompromißlösung fast einstimmig an. Alle härteren und klareren Vorschläge waren schon in den Vorberathungen der

Various small advertisements on the left margin including 'Krone', 'Ball', 'Leuben', 'Birma', 'aus', 'hen', 'Ball', 'a Kapelle', 'Hirsch', 'na', 'e Ballmuff', 'ng bieten wir', 'Sparkonten', 'Kündigung', 'aberrungen', 'talt Freital', 'ng!', 'ach!', 'Leipzig', 'Ball', 'Sie billige', 'und Damenstoffe', 'geschäfts', 'UNSAUM', 'Bautzen', 'ofball', 'Anfang 6 Uhr', 'Goub', 'r Ball', 'SLUB Wir führen Wissen.'